



Presseinformation

Nr. 152 / 2014

Kiel, Dienstag, 1. April 2014

Hochschule / Lehrerbildung

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Statt einer Lehrerausbildung „auf höchstmöglichem Niveau“ gibt es nur größtmögliche Intransparenz

Zur aktuellen Diskussion über die Lehrerausbildung erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Statt der großspurig angekündigten Lehrerausbildung ‚auf höchstmöglichem Niveau‘ gibt es bei Wissenschaftsministerin Wende leider nur größtmögliche Intransparenz. Dies gilt sowohl für die teure Schaffung von unnötigen Doppelstrukturen, die die Zustimmung der Universität gewährleisten soll als auch für die bis heute ungeklärte Frage, in welche Besoldungsstufe die künftigen Lehrer eingruppiert werden. Die in § 33 des aktuellen Gesetzentwurfes (Drs. 18/1760) aufgeführten Übergangsbestimmungen zielen ganz klar auf die Zementierung von Doppelstrukturen. Somit hat Ministerin Wende sichergestellt, dass ihre alte hochschulische Heimat Flensburg ein vergleichbares Parallelangebot zu Kiel in Sachen Lehrerbildung bereithalten kann. Das ist nicht nur haushaltspolitisch unsinnig, es widerspricht auch ganz eindeutig der Einigung zwischen allen Beteiligten vom 12. September 2013.

Geradezu aufreizend undurchsichtig wird Frau Wende, wenn es um die künftige Besoldung der angehenden Lehrkräfte geht. Der Gesetzentwurf der Landesregierung schweigt sich hierüber ebenso wie die zuständige Ministerin aus. Die nachvollziehbare Forderung der Gewerkschaften nach einer A13-Besoldung für alle steht nun angesichts des vorgelegten Modells logischerweise im Raum. Vor diesem Hintergrund muss Frau Wende dem Haushaltsgesetzgeber jetzt umgehend erklären, welche Einstufung sie für die neuen Lehrer vorsieht. Dass sie diese elementare Frage auch nach der Einbringung des Gesetzentwurfes immer noch nicht beantworten kann, ist das ein Armutszeugnis und einer Landesministerin schlichtweg unwürdig.“